



STANDPUNKTE

Gert Winkelmeier, MdB

Afghanistan eine Chance – aber ohne Militär

Seit dreißig Jahren ist Afghanistan ein von Bürgerkrieg und Krieg geschundenes Land. Zudem ist es wegen seiner strategischen Lage zwischen China, Russland, Pakistan/Indien und Iran seit seiner Gründung 1747 ständigen Einmischungen von außen durch Großmächte mit imperialen Ansprüchen – England, Russland und die USA – ausgesetzt. Nur wenige Jahrzehnte waren dem Land für eine relativ friedliche, eigenständige Entwicklung vergönnt: Von der Unabhängigkeit 1919 bis zum Einmarsch der Sowjetunion 1979. Die 2.400 Kilometer lange Grenze mit Pakistan verläuft mitten durch das Hauptsiedlungsgebiet der Paschtunen, der größten (40 Prozent) afghanischen Volksgruppe. Diese Grenze wurde 1893 unter Mitwirkung einheimischer Würdenträger zwischen dem britischen Vizekönig von Indien und dem russischen Zaren auf 99 Jahre festgelegt und nach dem damaligen Außenminister der indischen Kolonialverwaltung „Durand-Linie“ genannt. Sie ist somit seit 1992 völkerrechtlich nicht mehr gültig und wird von den Paschtunen nicht akzeptiert, weil sie ihre bis zu zwei Millionen Menschen umfassenden Stämme künstlich trennt. Der Widerstand gegen die Truppen der USA und ihrer Verbündeten hat hierin eine seiner wesentlichen Quellen.

„Wir haben ihnen ihr Vietnam bereitet“

Zbigniew Brzezinski ist seit Jahrzehnten einer der einflussreichsten Außenpolitiker und Globalstrategen der USA. Präsident Jimmy Carter (1977 bis 1981) diente er als Sicherheitsberater. In einem Interview mit der französischen Wochenzeitung „Nouvel Observateur“ am 15. Januar 1998 korrigierte er die offizielle Geschichtsschreibung: Nicht erst nach dem Einmarsch der Sowjetunion am 24. Dezember 1979 haben die USA mit Hilfe des pakistanischen Geheimdienstes ISI fundamentalistische Mudschaheddin rekrutiert, ausgebildet, finanziert und nach Afghanistan eingeschleust, sondern bereits ab dem 3. Juli 1979. Das Ziel war, die säkulare, sozialistische und sowjetfreundliche afghanische Regierung zu schwächen und die Sowjetunion zum Eingreifen zu provozieren. Brzezinski brachte seinen Stolz auf diesen „erfolgreichen“, von ihm unterstützten und Carter empfohlenen, vor der Weltöffentlichkeit aber verborgenen Plan, im Interview zum Ausdruck: „Wir haben ihnen ihr Vietnam bereitet“. Die zehn Jahre Krieg hatten zum Niedergang der Sowjetunion entscheidend beigetragen. Als sich die Sowjetunion 1989 geschlagen aus der zugeschnapten Falle befreit hatte, entbrannte ein Bürgerkrieg zwischen verschiedenen Mudschaheddin-Gruppierungen und regionalen Kriegsfürsten, in den sich die USA auf bewährte Weise erneut einschalteten.

Taliban

Alle Taliban („Studenten“) sind Paschtunen (aber nicht umgekehrt) und stammen aus Pakistan. Sie werden in Koranschulen nach der radikal-orthodoxen Lehre des Wahhabismus ideologisiert, der in Saudi-Arabien Staatsreligion ist und auch von dort finanziert wird. In Pakistan gibt es 17.000 solcher Schulen, zehn Prozent von ihnen liefern das Taliban-Personal, das heute nach dieser Ausbildung militärisch für den Einsatz in Afghanistan ausgebildet wird. Afghanistan drohte nach dem Sturz der pro-sowjetischen Regierung, 1992 ins Chaos zu stürzen. Wiederum mit Hilfe des pakistanischen Geheimdienstes und Geldern aus



Saudi-Arabien griffen disziplinierte Taliban-Kämpfer ein und brachten das Land bis 1997 zu Dreivierteln – mit Ausnahme des Herrschaftsgebietes der Nordallianz im Nordosten – unter ihre Kontrolle. Für die USA ging es um ein sicheres politisches Umfeld für eine Öl- und Gastrasse von Turkmenistan durch Afghanistan zum südwestpakistanischen Hafen Gawadar, um für den Transport der zentralasiatischen Ressourcen von der ehemals sowjetischen Infrastruktur unabhängig zu werden. Die Firma Unocal führte die Verhandlungen, brach sie jedoch ab, als es den Taliban nicht gelang, die Nordallianz zu besiegen. Deren Fundamentalismus und archaischen Vorstellungen von Recht und Gesellschaft hätte man hingegen auch weiterhin toleriert. Der einstige Sondergesandte der USA für Afghanistan, Zalmay Khalizad, dazu 1996 als Unocal-Berater in der Washington Post:

... weiter nächste Seite

Wahlkreisbüro

Gert Winkelmeier, MdB

gert.winkelmeier@wk.bundestag.de

Marktstraße 31

56564 NEUWIED

Tel.: 02631 / 345391

Fax: 02631 / 824520

Öffnungszeiten:

Mittwoch: 9.00 - 16.00 und 17.00 - 19.00 Uhr

Freitag: 9.00 - 12.00 Uhr

Haben Sie Interesse an der Politik der Partei **DIE LINKE**? Schreiben Sie oder rufen Sie an, wir informieren Sie gerne.

Fortsetzung: Afghanistan eine Chance – aber ohne Militär

"Diese Projekte werden nur dann vorankommen, wenn Afghanistan eine einheitliche und maßgebende Regierung hat." Dieses Ziel erschien der Regierung Clinton ab 1998 mit den Taliban nicht mehr erreichbar. Inzwischen hatte ein anderer ehemaliger Unocal-Berater die Verträge mit Turkmenistan und Pakistan für das Projekt unterzeichnet. Der afghanische Präsident Karzai.

Der 11. September 2001...

Wir wissen heute: Bereits im Sommer 2001 war die Planung der US-Regierung für den Sturz der Taliban abgeschlossen. Vom Präsidenten über den Vizepräsidenten bis zu mehreren Ministern setzte sie sich aus Personen zusammen, die aus dem Ölgeschäft stammten. Vizepräsident Cheney war zuvor Chef der größten Öl-Ausrüsterfirma Halliburton. Die Anschläge vom 11. September 2001 führten binnen Tagen zu massiven Luftangriffen auf das vermutete Versteck desjenigen, den die USA für Planung und Ausführung der Anschläge verantwortlich machten: Osama Bin Laden, ein saudi-arabischer Geschäftsmann, der vom US-Auslandsgeheimdienst CIA für den Kampf gegen die Sowjetunion in Afghanistan rekrutiert worden war. Beweise konnten die USA bis heute nicht vorlegen.

... und seine Folgen für die Bundeswehr

Die US-Regierung reklamierte für sich das Recht auf Selbstverteidigung. Sie startete unter dem Ruf „Globaler Krieg gegen den Terror“ die „Operation Enduring Freedom“, OEF (dauerhafte Freiheit) und berief sich dabei auf die Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates 1368 und 1373, beide vom September 2001, mit denen der Sicherheitsrat die Anschläge verurteilte und die Staaten dazu aufrief, die Täter zu ergreifen und vor Gericht zu stellen. Mit keinem Wort war von militärischen Mitteln die Rede, mit keinem Wort auch von einem Regimewechsel in Afghanistan. Trotzdem rief die NATO zum ersten Mal in ihrer Geschichte den Bündnisfall aus. Die rot-grüne Bundesregierung erklärte ihre „uneingeschränkte“ Solidarität mit den USA und beteiligte sich mit 100 Soldaten des „Kommandos Spezialkräfte“, KSK, an der Jagd auf vermeintliche Terroristen. In den Bodenkämpfen wurden die US-Truppen von der Nordallianz unterstützt, deren Vertreter heute in der Regierung Afghanistans sitzen. OEF ist eindeutig völkerrechtswidrig, weil das reklamierte Recht auf Selbstverteidigung mit der Resolution 1373 rechtlich beendet wurde (Artikel 51 der Charter der UNO).

ISAF

Zur Unterstützung der nach dem Sturz der Taliban gebildeten Übergangsregierung unter Präsident Karzai (heute durch Wahlen legitimiert) beteiligte sich Deutschland seit 2002 an der NATO-geführten Mission ISAF, die auf einem Beschluss des Sicherheitsrats beruht. Sie ist völkerrechtlich nicht zu beanstanden, politisch hält DIE LINKE. sie jedoch für falsch, weil sie militärische Mittel mit zivilen Aufbaudiensten verquickt. Die großen deutschen Hilfsorganisationen, wie Welthungerhilfe und Caritas, lehnen das Konzept der zivil-militärischen Zusammenarbeit, CIMIC, auch deswegen ab, weil es „keine Entwicklungshilfe, sondern Bestandteil der militärischen Operationsführung ist, das für ein sicheres Umfeld für die Streitkräfte sorgen soll“ (Bundeswehr-Homepage). ISAF ist inzwischen auf das ganze Land ausgedehnt, Deutschland befehligt das Regionalkommando Nord mit 161.000 Quadratkilometern Fläche. 3.500 Soldaten der Bundeswehr

sind hier im Einsatz um für „Stabilität“ zu sorgen, zusammen mit einigen hundert aus anderen Nationen. Der Oberkommandierende in Afghanistan, General McNeill, hält 400.000 Soldaten für erforderlich, um den Widerstand der Afghanen gegen die fremden Truppen unter Kontrolle zu halten. Er hat nicht einmal ein Fünftel. Diese Zahlen sprechen für sich.

Fazit nach sechs Jahren Krieg

120 Milliarden Dollar sind bisher nach Afghanistan geflossen, nur ein Sechstel davon in zivile Projekte. Geld genug also, aber falsch verteilt. Der Widerstand wächst seit 2005 dramatisch an mit Schwerpunkt im Süden und Osten an der Grenze zu Pakistan, im paschtunischen Siedlungsgebiet. Die Zahl der Selbstmordanschläge nimmt irakische Verhältnisse an. Tausende von unschuldigen Zivilisten sind durch die Bombardierungen im

Bombardierung von Tora Bora



Rahmen von OEF und ISAF ums Leben gekommen. Die Regierung ist korrupt und steckt bis über beide Ohren im Drogensumpf. Sie hat im größten Teil des Landes keine Autorität. Die Opiumernte ist auf das Rekordniveau von 8.000 Tonnen angewachsen. Afghanistan produziert 98 Prozent des Heroins in der Welt. Taliban und Kriegsfürsten finanzieren so den Widerstand. Eine auch nur ansatzweise selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung ist nicht in Sicht. Kriminalität und Widerstand vermischen sich. Die Trennung zwischen ISAF und OEF ist faktisch aufgehoben, seit ISAF im Süden und Osten zur Aufstandsbekämpfung eingesetzt wird. Tornados der Luftwaffe liefern die Bilder für die Bombereinsätze der Verbündeten. Britische und US-amerikanische Offizielle sprechen von weiteren „Jahrzehnten“ des Einsatzes und drängen auf mehr deutsche Soldaten.

Für DIE LINKE., die im Bundestag gegen alle Einsätze stimmt, ist klar: Die Bundeswehr muss aus Afghanistan zurück, wenn Deutschland dem Land wirklich helfen möchte. Die Afghanen müssen selbst über ihre Zukunft entscheiden. Den USA geht es um die Kontrolle Zentralasiens und der aufstrebenden Konkurrenten China, Russland und Indien, um ihre Supermachtstellung auszubauen. Brzezinski ist mit seinem Buch „Die einzige Weltmacht“ der Kronzeuge.